4. TERMS AND CONDITIONS OF THE NOTES (IN GERMAN AND ENGLISH LANGUAGE)

Die folgenden Emissionsbedingungen enthalten in den allgemeinen Bedingungen (die „**Allgemeinen Bedingungen**“) die für alle Emissionen Anwendung findenden Bedingungen und in den emissionspezifischen Bedingungen (die „**Emissionsspezifischen Bedingungen**“) alle variablen bzw. optionalen Bedingungen, die im Rahmen einer spezifischen Emission Anwendung finden können. Die Emissionsspezifischen Bedingungen und die Allgemeinen Bedingungen bilden zusammen die „**Emissionsbedingungen**“ der jeweiligen Emission. Die Emittentin wird in den Endgültigen Bedingungen festlegen, welche Optionen bzw. Variablen der Emissionsspezifischen Bedingungen (einschließlich aller Unteroptionen) für die jeweilige Emission Anwendung finden, indem alle anwendbaren Regelungen der Emissionsspezifischen Bedingungen wiederholt und alle maßgeblichen Leerstellen der Emissionsspezifischen Bedingungen vervollständigt werden. Die Allgemeinen Bedingungen werden nicht in den Endgültigen Bedingungen wiederholt oder ergänzt.

The following terms and conditions contain in the general conditions (the "**General Conditions**") the conditions which apply to all issues and in the issue specific conditions (the "**Issue Specific Conditions**") all variable or optional conditions which may apply for a specific issue. The Issue Specific Conditions and the General Conditions collectively form the "**Terms and Conditions**" of the respective issue. The Issuer shall determine in the Final Terms which options or variables of the Issue Specific Conditions (including all sub-options) apply to the respective issue in which all applicable provisions of the Issue Specific Conditions are repeated and all relevant gaps of the Issue Specific Conditions are completed. The General Conditions are not repeated or supplemented in the Final Terms.

A. ALLGEMEINE BEDINGUNGEN

§ 1 FORM UND DEFINITIONEN

- (1) *Form.* Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber.
- (2) *Dauerglobalurkunde.* Die Schuldverschreibungen sind durch eine Dauerglobalurkunde (die "**Dauerglobalurkunde**" oder die "**Globalurkunde**") ohne Zinsscheine verbrieft; der Zinszahlungsanspruch im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ist durch die Dauerglobalurkunde mitverbrieft. Die Dauerglobalurkunde wird von ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertretern der Emittentin unterschrieben. Einzelurkunden und Zinsscheine werden nicht ausgegeben.

§ 2 DEFINITIONEN

- (1) *Clearingsystem.* Die Globalurkunde wird von einem oder im Namen eines Clearingsystems verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. "**Clearingsystem**" bezeichnet die Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft, Am Hof 4, 1011 Wien, Österreich ("**OeKB**") und jeden Funktionsnachfolger.
- (2) *Gläubiger von Schuldverschreibungen.*

A. GENERAL CONDITIONS

§ 1 FORM AND CERTAIN DEFINITIONS

- (1) *Form.* The Notes are being issued in bearer form.
- (2) *Permanent Global Note.* The Notes are represented by a permanent global note (the "**Permanent Global Note**" or the "**Global Note**") without coupons; the claim for interest payments under the Notes is represented by the Permanent Global Note. The Permanent Global Note shall be signed by authorised signatories of the Issuer. Definitive Notes and coupons will not be issued.

§ 2 CERTAIN DEFINITIONS

- (1) *Clearing System.* The Global Note will be kept in custody by or on behalf of a Clearing System until all obligations of the Issuer under the Notes have been satisfied. "**Clearing System**" means Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft, Am Hof 4, 1010 Vienna, Austria ("**OeKB**") and any successor in such capacity.
- (2) *Holder of Notes.* "**Holder**" means any holder

"Gläubiger" bezeichnet jeden Inhaber von Miteigentumsanteilen oder anderen vergleichbaren Rechten an der Globalurkunde, die in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Clearingsystems auf einen neuen Gläubiger übertragen werden können.

§ 3 STATUS

Die Schuldverschreibungen begründen direkte, unbedingte, unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin und haben den gleichen Rang untereinander, und (soweit nicht gesetzliche Ausnahmen anwendbar sind und ohne das Vorgenannte einzuschränken) die Zahlungspflichten der Emittentin gemäß den Schuldverschreibungen haben den gleichen Rang wie alle anderen gegenwärtigen und zukünftigen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin.

§ 4 ZAHLUNGEN

(1) *Zahlungen.* Die Zahlung auf die Schuldverschreibungen erfolgt an das Clearingsystem oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearingsystems.

(2) *Verzugszinsen.* Falls die Emittentin Zahlungen auf die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht leistet, wird der ausstehende Betrag vom Kalendertag der Fälligkeit (einschließlich) bis zum Kalendertag der tatsächlichen Zahlung (ausschließlich) in Höhe des gesetzlich festgelegten Satzes für Verzugszinsen¹ verzinst. Weitergehende Ansprüche der Gläubiger bleiben unberührt.

§ 5 RÜCKZAHLUNG AUS STEUERLICHEN GRÜNDEN

(1) *Vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen.* Die Schuldverschreibungen können insgesamt, jedoch nicht teilweise, nach Wahl der Emittentin mit einer Kündigungsfrist von nicht weniger als 30 und nicht mehr als 90 Geschäftstagen gegenüber der Zahlstelle und

of a proportionate co-ownership or other comparable right in the Global Note which may be transferred to a new Holder in accordance with the provisions of the Clearing System.

§ 3 STATUS

The Notes constitute direct, unconditional, unsecured and unsubordinated obligations of the Issuer and rank *pari passu* among themselves and (subject to any applicable statutory exceptions and without prejudice to the aforesaid) the payment obligations of the Issuer under the Notes rank *pari passu* with all other unsecured and unsubordinated obligations of the Issuer, present and future.

§ 4 PAYMENTS

(1) *Payments.* Payment on the Notes shall be made to the Clearing System or to its order for credit to the accounts of the relevant accountholders of the Clearing System.

(2) *Default Interest.* If the Issuer fails to make payments on the Notes when due, interest shall accrue on the outstanding amount from, and including, the due date to, but excluding, the date of actual payment at the statutory default interest rate³. This does not restrict any additional rights that might be available to the Holders.

§ 5 REDEMPTION FOR REASONS OF TAXATION

(1) *Early Redemption for Reasons of Taxation.* The Notes will be redeemed at the option of the Issuer in whole, but not in part, at any time on giving not less than 30 Business Days' nor more than 90 Business Days' prior notice of redemption to the Paying Agent and, in accordance with § 11,

¹ Die gesetzlichen Verzugszinsen betragen 4% (§ 1000 Abs 1 ABGB). Dieser Prozentsatz gilt auch gegenüber Gläubigern, die Unternehmer im Sinne des österreichischen Unternehmensgesetzbuchs (UGB) sind

³ The statutory default interest rate amounts to 4% (§ 1000 Sec 1 of the Austrian General Civil Code (ABGB)). The same percentage shall apply to Holders which are entrepreneurs within the meaning of the Austrian Commercial Code (UGB).

gemäß § 11 gegenüber den Gläubigern vorzeitig gekündigt (wobei diese Kündigung unwiderruflich ist) und jederzeit zurückgezahlt werden, falls die Emittentin am nächstfolgenden Zinszahlungstag bzw. Fälligkeitstag zur Zahlung von zusätzlichen Beträgen gemäß § 7 (1) verpflichtet sein wird, und zwar als Folge einer Änderung oder Ergänzung der Steuer- oder Abgabengesetze und -vorschriften der Republik Österreich oder deren politischen Untergliederungen oder Steuerbehörden oder als Folge einer Änderung oder Ergänzung der Anwendung oder der offiziellen Auslegung dieser Gesetze und Vorschriften (vorausgesetzt, diese Änderung oder Ergänzung wird am oder nach dem Kalendertag, an dem die letzte Tranche dieser Serie von Schuldverschreibungen begeben wird, wirksam), und eine solche Änderung oder Ergänzung nachgewiesen wurde durch Einreichung durch die Emittentin bei der Zahlstelle (die eine solche Bestätigung und ein solches Gutachten als ausreichenden Nachweis hierüber anerkennen wird) von (i) einer von zwei bevollmächtigten Vertretern der Emittentin im Namen der Emittentin unterzeichneten Bestätigung, in der ausgeführt wird, dass eine solche Änderung oder Ergänzung eingetreten ist (unabhängig davon, ob eine solche Änderung oder Ergänzung zu diesem Zeitpunkt bereits in Kraft ist), in der die Tatsachen, die hierzu geführt haben, beschrieben werden und festgestellt wird, dass diese Verpflichtung von der Emittentin nicht durch das Ergreifen vernünftiger, ihr zur Verfügung stehender Maßnahmen abgewendet werden kann, und (ii) einem Gutachten eines unabhängigen Rechtsberaters von anerkannter Reputation, besagend, dass eine solche Änderung oder Ergänzung (unabhängig davon, ob eine solche Änderung oder Ergänzung dann bereits in Kraft ist) eingetreten ist, wobei eine solche Kündigung nicht früher als 90 Kalendertage vor dem frühest möglichen Termin erfolgen darf, an dem die Emittentin verpflichtet wäre, solche zusätzlichen Beträge in Bezug auf die Schuldverschreibungen zu zahlen, falls zu diesem Zeitpunkt eine Zahlung fällig wäre. Eine Kündigung darf nicht erfolgen, wenn zu dem Zeitpunkt, zu dem die Kündigung erfolgt, die Verpflichtung zur Zahlung von zusätzlichen Beträgen nicht mehr wirksam ist.

(2) *Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag.* Für die Zwecke dieses § 5 und § 9 entspricht der vorzeitige Rückzahlungsbetrag einer Schuldverschreibung dem von der Berechnungsstelle nach Treu und Glauben und auf wirtschaftlich vernünftige Weise bestimmten fairen Marktwert der Schuldverschreibungen unmittelbar vor (und ohne Berücksichtigung der dazu führenden Umstände) der vorzeitigen Rückzahlung, angepasst um die angemessenen Kosten und Aufwendungen der Emittentin und/oder ihrer verbundenen Unternehmen für die

to the Holders (which notice shall be irrevocable), if on the next succeeding Interest Payment Date or Maturity Date, the Issuer will become obliged to pay Additional Amounts pursuant to § 7 (1) as a result of any change in, or amendment to, the laws or regulations of the Republic Austria or of any political subdivision or taxing authority thereof or therein, or as a result of any change in, or amendment to, an official interpretation or application of such laws or regulations, which amendment or change is effective on or after the date on which the last tranche of this series of Notes is issued, and such amendment or change has been evidenced by the delivery by the Issuer to the Paying Agent (who shall accept such certificate and opinion as sufficient evidence thereof) of (i) a certificate signed by two authorised signatories of the Issuer on behalf of the Issuer stating that such amendment or change has occurred (irrespective of whether such amendment or change is then effective), describing the facts leading thereto and stating that such requirement cannot be avoided by the Issuer taking reasonable measures available to it and (ii) an opinion of independent legal advisers of recognised reputation to the effect that such amendment or change has occurred (irrespective of whether such amendment or change is then effective), provided that no such notice of redemption shall be given earlier than 90 calendar days prior to the earliest date on which the Issuer would be obliged to pay such Additional Amounts were a payment in respect of the Notes then due. No such notice of redemption shall be given if at the time such notice is given, the obligation to pay such Additional Amounts does not remain in effect.

(2) *Early Redemption Amount.* For purposes of this § 5 and § 9, the early redemption amount of a Note shall be the amount determined in good faith and in a commercially reasonable manner by the Calculation Agent to be the fair market value of the Notes immediately prior to (and ignoring the circumstances leading to) such early redemption, adjusted to account fully for any reasonable expenses and costs of the Issuer and/or its affiliates of unwinding any underlying and/or related hedging and funding arrangements (including, without limitation, any equity options,

Abwicklung von zugrunde liegenden und/oder damit in Zusammenhang stehenden Absicherungs- und Finanzierungsvereinbarungen (einschließlich jedoch nicht beschränkt auf Aktienoptionen, Aktienswaps oder andere Wertpapiere egal welcher Art, die die Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen absichern) Rechnung zu tragen.

§ 6 DIE ZAHLSTELLE UND DIE BERECHNUNGSSTELLE

Bestellung; bezeichnete Geschäftsstellen. Die anfänglich bestellte Hauptzahlstelle und die anfänglich bestellte Berechnungsstelle und ihre anfänglich bezeichneten Geschäftsstellen lauten wie folgt:

Hauptzahlstelle und Berechnungsstelle:

Erste Group Bank AG
Graben 21
1010 Wien
Österreich

Soweit in diesen Emissionsbedingungen der Begriff "Zahlstelle(n)" erwähnt wird, so schließt dieser Begriff die Hauptzahlstelle mit ein.

Die Zahlstelle(n) und die Berechnungsstelle behalten sich das Recht vor, jederzeit ihre jeweilige bezeichnete Geschäftsstelle durch eine andere bezeichnete Geschäftsstelle in derselben Stadt zu ersetzen.

(2) Änderung der Bestellung oder Abberufung. Die Emittentin behält sich das Recht vor, jederzeit die Bestellung einer Zahlstelle oder der Berechnungsstelle zu ändern oder zu beenden und eine andere Berechnungsstelle oder zusätzliche oder andere Zahlstellen zu bestellen. Die Emittentin wird jedoch jederzeit (i) eine Berechnungsstelle unterhalten und (ii) solange die Schuldverschreibungen an einer Wertpapierbörse notiert sind, eine Zahlstelle mit bezeichneter Geschäftsstelle an einem Orte unterhalten, den die Regeln dieser Börse oder ihrer Aufsichtsbehörde verlangen. Die Emittentin wird die Gläubiger von jeder Änderung, Abberufung, Bestellung oder jedem sonstigen Wechsel sobald wie möglich nach Eintritt der Wirksamkeit einer solchen Veränderung informieren.

Die Emittentin verpflichtet sich, (soweit dies möglich ist) eine Zahlstelle in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union zu unterhalten, in dem sie nicht zur Vornahme von steuerlichen Abzügen nach Maßgabe der Richtlinie 2003/48/EG des Rates oder einer anderen Richtlinie der Europäischen Union oder Rechtsnorm verpflichtet ist, die der Umsetzung der Schlussfolgerungen des Treffens des ECOFIN-Rates vom 26.–27. November 2000 über die Besteuerung von

equity swaps or other securities of any type whatsoever hedging the Issuer's obligations under the Notes).

§ 6 PAYING AGENT AND CALCULATION AGENT

(1) Appointment; Specified Offices. The initial Principal Paying Agent and the initial Calculation Agent and their respective initial specified offices are:

Principal Paying Agent and Calculation Agent:

Erste Group Bank AG
Graben 21
1010 Vienna
Austria

Where these Terms and Conditions refer to the term "Paying Agent(s)", such term shall include the Principal Paying Agent.

The Paying Agent(s) and the Calculation Agent reserve the right at any time to change their respective specified office to some other specified office in the same city.

(2) Variation or Termination of Appointment. The Issuer reserves the right at any time to vary or terminate the appointment of any Paying Agent or the Calculation Agent and to appoint another Calculation Agent or additional or other Paying Agents. The Issuer shall at all times maintain (i) a Calculation Agent and (ii) so long as the Notes are listed on a stock exchange, a Paying Agent with a specified office in such place as may be required by the rules of such stock exchange or its supervisory authority. The Issuer will give notice to the Holders of any variation, termination, appointment or any other change as soon as possible upon the effectiveness of such change.

The Issuer undertakes, to the extent this is possible, to maintain a Paying Agent in a member state of the European Union in which it shall not be obliged to withhold or deduct tax pursuant to European Council Directive 2003/48/EC or any other directive implementing the conclusions of the ECOFIN Council meeting of 26–27 November 2000 on the taxation of savings income or any law implementing or complying with, or introduced in order to conform to, such Directive.

Einkommen aus Geldanlagen dient, einer solchen Richtlinie entspricht oder zu deren Anpassung eingeführt wird.

(3) *Beauftragte der Emittentin.* Die Zahlstellen und die Berechnungsstelle handeln ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernehmen keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern; es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihnen und den Gläubigern begründet.

(4) *Verbindlichkeit der Festsetzungen.* Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Berechnungsstelle für die Zwecke dieser Emissionsbedingungen gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern keine vorsätzliche Pflichtverletzung, kein böser Glaube und kein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Emittentin, die Zahlstellen und die Gläubiger bindend, und, sofern keiner der vorstehend genannten Umstände vorliegt, haftet die Berechnungsstelle nicht gegenüber der Emittentin, den Zahlstellen oder den Gläubigern im Zusammenhang mit der Ausübung oder Nichtausübung ihrer Rechte und Pflichten und ihres Ermessens gemäß solchen Bestimmungen.

§ 7 STEUERN

(1) *Generelle Besteuerung.* Sämtliche Zahlungen von Kapital und Zinsen in Bezug auf die Schuldverschreibungen durch oder im Namen der Emittentin sind frei von und ohne Einbehalt oder Abzug von Steuern, Gebühren, Veranlagungen oder öffentlichen Abgaben welcher Art auch immer, die von oder innerhalb der Republik Österreich durch irgendeine Abgabenbehörde angelastet, auferlegt, eingehoben, vereinnahmt, einbehalten oder veranschlagt werden, zu leisten, sofern ein derartiger Einbehalt oder Abzug nicht gesetzlich vorgesehen ist.

In diesem Fall wird die Emittentin jene zusätzlichen Beträge (die "**zusätzlichen Beträge**") an den Gläubiger zahlen, die erforderlich sind, um den Gläubiger so zu stellen, als hätte er die Beträge ohne Einbehalt oder Abzug erhalten, ausgenommen dass keine derartigen zusätzlichen Beträge hinsichtlich einer Schuldverschreibung zahlbar sind:

(a) an einen Gläubiger oder an einen Dritten im Namen des Gläubigers, der zur Zahlung solcher Steuern, Abgaben, Veranlagungen oder öffentlicher Abgaben hinsichtlich einer Schuldverschreibung aufgrund einer anderen Verbindung mit der Republik Österreich als jene der bloßen Inhaberschaft einer Schuldverschreibung verpflichtet ist; oder

(3) *Agents of the Issuer.* The Paying Agents and the Calculation Agent act solely as agents of the Issuer and do not have any obligations towards or relationship of agency or trust to any Holder.

(4) *Determinations Binding.* All certificates, communications, opinions, determinations, calculations, quotations and decisions given, expressed, made or obtained for the purposes of the provisions of these Terms and Conditions by the Calculation Agent shall (in the absence of wilful default, bad faith or manifest error) be binding on the Issuer, the Paying Agents and the Holders and, in the absence of the aforesaid, no liability to the Issuer, the Paying Agents or the Holders shall attach to the Calculation Agent in connection with the exercise or non-exercise by it of its powers, duties and discretions pursuant to such provisions.

§ 7 TAXATION

(1) *General Taxation.* All payments of principal and interest by or on behalf of the Issuer in respect of the Notes shall be made free and clear of, and without withholding or deduction for, any taxes, duties, assessments or governmental charges of whatever nature imposed, levied, collected, withheld or assessed by or within the Republic of Austria or by any authority therein or thereof having power to tax, unless such withholding or deduction is required by law.

In that event, the Issuer shall pay such additional amounts (the "**Additional Amounts**") to the Holder as shall result in receipt by that Holder of such amounts as would have been received by it had no such withholding or deduction been required, except that no such Additional Amounts shall be payable with respect to any Note:

(a) to, or to a third party on behalf of, a Holder who is liable to such taxes, duties, assessments or governmental charges in respect of such Note by reason of its having some connection with the Republic of Austria other than the mere holding of the Note; or

(b) die zur Zahlung mehr als 30 Kalendertage nach dem Zeitpunkt vorgelegt wird, an dem eine Zahlung erstmals fällig wird, oder (falls ein fälliger Betrag unrechtmäßig zurückgehalten oder verweigert wird) nach dem Zeitpunkt, an dem eine vollständige Bezahlung des ausstehenden Betrags erfolgt, oder (falls früher) nach dem Zeitpunkt, der sieben Kalendertage nach jenem Kalendertag liegt, an dem eine Mitteilung an die Gläubiger ordnungsgemäß gemäß § 11 erfolgt, wonach bei weiterer Vorlage der Schuldverschreibungen die Zahlung erfolgen wird, vorausgesetzt, dass die Zahlung tatsächlich bei Vorlage durchgeführt wird, außer in dem Ausmaß, in dem der Gläubiger zu zusätzlichen Beträgen bei Vorlage zur Zahlung am 30. Kalendertag berechtigt gewesen wäre; oder

(c) sofern ein solcher Einbehalt oder Abzug auf Zahlungen an eine natürliche Person auferlegt wird und nach Maßgabe der Richtlinie 2003/48/EG des Rates oder einer anderen Richtlinie der Europäischen Union oder Rechtsnorm, die der Umsetzung der Schlussfolgerungen des Treffens des ECOFIN-Rates vom 26.–27. November 2000 über die Besteuerung von Einkünften aus Geldanlagen dient, einer solchen Richtlinie entspricht oder zu deren Anpassung eingeführt wird, gemacht werden muss; oder

(d) die durch oder im Namen eines Gläubigers zur Zahlung vorgelegt werden, der in der Lage gewesen wäre, einen solchen Einbehalt oder Abzug durch Vorlage der betreffenden Schuldverschreibung bei einer anderen Zahlstelle in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union zu vermeiden.

(2) *US Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA)*. Die Emittentin ist berechtigt, von den an einen Gläubiger oder einen an den Schuldverschreibungen wirtschaftlich Berechtigten unter den Schuldverschreibungen zu zahlenden Beträgen diejenigen Beträge einzubehalten oder abzuziehen, die erforderlich sind, um eine etwaige Steuer zu zahlen, die gemäß dem U.S. Foreign Account Tax Compliance Act ("**FATCA**") (einschließlich aufgrund eines mit einer Steuerbehörde auf freiwilliger Basis abgeschlossenen Vertrags (wie in Artikel 1471(b) des U.S. Internal Revenue Code beschrieben) (der "**FATCA-Vertrag**")) die Emittentin einzubehalten oder abzuziehen gesetzlich verpflichtet ist. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, irgendwelche zusätzlichen Beträge aufgrund einer Quellensteuer, die sie oder ein Intermediär im Zusammenhang mit FATCA einbehält, zu zahlen. Zur Klarstellung wird festgestellt, dass der Einbehalt oder Abzug von Beträgen, die im Zusammenhang mit einem FATCA-Vertrag einbehalten oder abgezogen werden, als aufgrund Gesetzes einbehalten oder abgezogen gelten.

(b) presented for payment more than 30 calendar days after the date on which payment in respect of it first becomes due or (if any amount of the money payable is improperly withheld or refused) the date on which payment in full of the amount outstanding is made or (if earlier) the date seven calendar days after that on which notice is duly given to the Holders in accordance with § 11 that, upon further presentation of the Notes being made, such payment will be made, provided that payment is in fact made upon such presentation, except to the extent that the Holder would have been entitled to such Additional Amounts on presenting the Note for payment on the thirtieth such calendar day; or

(c) where such withholding or deduction is imposed on a payment to an individual and is required to be made pursuant to European Council Directive 2003/48/EC or any other European Union Directive implementing the conclusions of the ECOFIN Council meeting of 26-27 November 2000 on the taxation of savings or any law implementing or complying with, or introduced in order to conform to, such Directive; or

(d) presented for payment by or on behalf of a Holder who would have been able to avoid such withholding or deduction by presenting the relevant Note to another Paying Agent in a Member State of the European Union.

(2) *U.S. Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA)*. The Issuer is authorised to withhold or deduct from amounts payable under the Notes to a Holder or beneficial owner of Notes sufficient funds for the payment of any tax that it is required by law to withhold or deduct pursuant to the U.S. Foreign Account Tax Compliance Act ("**FATCA**") (including under a voluntary agreement entered into with a taxing authority as described in Section 1471(b) of the U.S. Internal Revenue Code (the "**FATCA Agreement**")). The Issuer will not be required to make any payment of additional amounts for or on account of any withholding tax deducted by the Issuer or an intermediary in compliance with FATCA. For the avoidance of doubt, the withholding or deduction of any amounts which are withheld or deducted pursuant to a FATCA Agreement shall be treated as being required by law.

§ 8 VERJÄHRUNG

Ansprüche gegen die Emittentin auf Zahlungen hinsichtlich der Schuldverschreibungen verjähren und werden unwirksam, wenn diese nicht innerhalb von dreißig Jahren (im Falle des Kapitals) und innerhalb von drei Jahren (im Falle von Zinsen) ab dem maßgeblichen Fälligkeitstag gemacht werden.

§ 9 KÜNDIGUNG

(1) *Kündigungsgründe.* Jeder Gläubiger ist berechtigt, seine Schuldverschreibungen gemäß Absatz (2) zu kündigen und deren sofortige Rückzahlung zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag (wie in § 5 definiert), zuzüglich etwaiger bis zum Kalendertag der Rückzahlung (ausschließlich) aufgelaufener Zinsen zu verlangen, falls:

(a) Zahlungsverzug von Zinsen oder Kapital hinsichtlich der Schuldverschreibungen für einen Zeitraum von 15 Kalendertagen (im Fall von Zinsen) oder sieben Kalendertagen (im Fall von Kapitalzahlungen) ab dem maßgeblichen Zinszahlungstag bzw. Fälligkeitstag (einschließlich) vorliegt; oder

(b) die Emittentin es unterlässt, seitens der Emittentin zu erfüllende oder einzuhaltende und in den Emissionsbedingungen enthaltene Zusicherungen, Bedingungen oder Bestimmungen (abgesehen von der Verpflichtung zur Zahlung des Kapitals oder von Zinsen gemäß den Schuldverschreibungen) zu erfüllen oder einzuhalten, wenn dieser Verzugsfall keiner Heilung zugänglich ist oder innerhalb von 45 Kalendertagen nach Mitteilung über einen solchen Verzugsfall an die bezeichnete Geschäftsstelle der Zahlstelle durch einen Gläubiger nicht geheilt wird; oder

(c) über das Vermögen der Emittentin das Insolvenzverfahren (Konkursverfahren) eröffnet, das Geschäftsaufsichtsverfahren nach österreichischem Bankwesengesetz (oder einer anderen künftig anwendbaren Norm) eingeleitet oder eine aufsichtsbehördliche Maßnahme durch die österreichische Finanzmarktaufsichtsbehörde (oder eine andere künftig hierfür zuständige Behörde) mit dem Effekt einer befristeten Forderungsstundung ergriffen wird oder wenn die Emittentin abgewickelt oder aufgelöst werden soll, außer für Zwecke der Sanierung, Verschmelzung oder des Zusammenschlusses, wenn der Rechtsnachfolger alle Verpflichtungen der Emittentin im Hinblick auf die Schuldverschreibungen übernimmt.

(2) *Benachrichtigung.* Eine Benachrichtigung, einschließlich einer Kündigung der Schuldverschreibungen gemäß Absatz (1), erfolgt

§ 8 PRESCRIPTION

Claims against the Issuer for payment in respect of the Notes shall be prescribed and become void unless made within thirty years (in the case of principal) and three years (in the case of interest) upon the relevant due date.

§ 9 ACCELERATION

(1) *Events of Default.* Each Holder shall be entitled to declare its Notes due in accordance with paragraph (2) and demand immediate redemption thereof at the early redemption amount (as defined in § 5), together with accrued interest (if any) to (but excluding) the date of repayment, in the event that:

(a) default is made on the payment of interest or principal in respect of the Notes for a period of 15 calendar days (in the case of interest) or seven calendar days (in the case of principal) from (and including) the relevant Interest Payment Date or Maturity Date; or

(b) the Issuer fails to perform or observe any covenant, condition or provision contained in the Terms and Conditions (other than any obligation for the payment of principal or interest in respect of the Notes) which it is obliged to perform and observe, which default is incapable of remedy or is not remedied within 45 calendar days after notice of such default shall have been given to the Paying Agent at its specified office by any Holder; or

(c) insolvency (bankruptcy) proceedings or special receivership proceedings (*Geschäftsaufsichtsverfahren*) pursuant to the Austrian Banking Act (or any other applicable future regulation) are commenced against assets of the Issuer, or if the Austrian Financial Markets Authority (or any other authority competent for such matters in the future) institutes regulatory measures (*aufsichtsbehördliche Maßnahmen*) with the effect of a temporary moratorium or if the Issuer shall be wound up or dissolved, otherwise than for the purposes of reconstruction, merger or amalgamation in which the successor entity assumes all the obligations of the Issuer with respect to the Notes.

(2) *Notice.* Any notice, including any notice declaring Notes due in accordance with paragraph (1), shall be made in accordance with

nach Maßgabe des § 11 (3).

**§ 10
BEGEBUNG WEITERER
SCHULDVERSCHREIBUNGEN, ANKAUF
UND ENTWERTUNG**

(1) *Begebung weiterer Schuldverschreibungen.* Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der Gläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (gegebenenfalls mit Ausnahme des Kalendertags der Begebung, des Verzinsungsbeginns und/oder des Ausgabekurses) in der Weise zu begeben, dass sie mit diesen Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden.

(2) *Ankauf.* Die Emittentin und jede ihrer Tochtergesellschaften sind berechtigt, jederzeit Schuldverschreibungen im Markt oder anderweitig zu jedem beliebigen Preis zu kaufen. Die von der Emittentin oder ihrer Tochtergesellschaft erworbenen Schuldverschreibungen können nach Wahl der Emittentin bzw. dieser Tochtergesellschaft von ihr gehalten, weiterverkauft oder bei der Zahlstelle zwecks Entwertung eingereicht werden.

"**Tochtergesellschaft**" bezeichnet entweder:

(i) jede Gesellschaft, die, direkt oder indirekt, kontrolliert wird oder deren ausgegebenes Grundkapital (oder dessen Äquivalent) wirtschaftlich von der Emittentin und/oder einer oder mehrerer ihrer Tochtergesellschaften zu mindestens 50 % gehalten wird. Dass eine Gesellschaft durch einen anderen kontrolliert wird, bedeutet, dass der andere (entweder direkt oder indirekt und durch Eigentum von Grundkapital, den Besitz von Stimmrechten, Vertrag oder auf andere Weise) das Recht hat, alle Mitglieder oder die Mehrheit der Mitglieder des Vorstands oder des Geschäftsführungsorgans dieser Gesellschaft zu besetzen und/oder zu entfernen oder die Gesellschaft auf andere Weise kontrolliert oder die Befugnis hat, die Geschäfte und die Politik dieser Gesellschaft zu kontrollieren; oder

(ii) jede Gesellschaft, die in Übereinstimmung mit International Financial Reporting Standards als Tochtergesellschaft der Emittentin betrachtet wird.

(3) *Entwertung.* Sämtliche vollständig getilgten Schuldverschreibungen sind unverzüglich zu entwerten und können nicht wiederbegeben oder wiederverkauft werden.

**§ 11
MITTEILUNGEN**

(1) *Bekanntmachung.* Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Tatsachenmitteilungen sind im Internet auf der Internetseite der Emittentin (www.erstegroup.com) zu veröffentlichen. Jede derartige Tatsachenmitteilung gilt mit dem fünften

§ 11 (3).

**§ 10
FURTHER ISSUES OF NOTES,
PURCHASES AND
CANCELLATION**

(1) *Further Issues of Notes.* The Issuer may from time to time, without the consent of the Holders, issue further Notes having the same terms as the Notes in all respects (or in all respects except for the issue date, Interest Commencement Date and/or issue price) so as to form a single series with the Notes.

(2) *Purchases.* The Issuer and any of its Subsidiaries may at any time purchase Notes in the open market or otherwise at any price. Notes purchased by the Issuer or the Subsidiary may, at the option of the Issuer or such Subsidiary, be held, resold or surrendered to the Paying Agent for cancellation.

"**Subsidiary**" means either:

(i) any company which is then, directly or indirectly, controlled, or at least 50 *per cent.* of whose issued equity share capital (or equivalent) is then beneficially owned, by the Issuer and/or one or more of its Subsidiaries. For a company to be controlled by another means that the other (whether directly or indirectly and whether by the ownership of share capital, the possession of voting power, contract or otherwise) has the power to appoint and/or remove all or the majority of the members of the management board or other governing body of that company or otherwise controls or has the power to control the affairs and policies of that company; or

(ii) any company regarded as a subsidiary of the Issuer in accordance with International Financial Reporting Standards.

(3) *Cancellation.* All Notes redeemed in full shall be cancelled forthwith and may not be reissued or resold.

**§ 11
NOTICES**

(1) *Publication.* All notices of facts concerning the Notes shall be published on the website of the Issuer (www.erstegroup.com). Any notice so given will be deemed to have been validly given on the fifth calendar day following the date of such publication (or, if published more than once, on

Kalendertag nach dem Kalendertag der Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen mit dem fünften Kalendertag nach dem Kalendertag der ersten solchen Veröffentlichung) als übermittelt. Allfällige börsenrechtliche Veröffentlichungsvorschriften bleiben hiervon unberührt. Rechtlich bedeutsame Mitteilungen werden an die Gläubiger im Wege der depotführenden Stelle übermittelt. Alternativ ist die Emittentin jederzeit berechtigt, Mitteilungen direkt an ihr bekannte Gläubiger zu übermitteln.

(2) *Mitteilungen an das Clearingsystem.* Soweit die Veröffentlichung von Mitteilungen nach Absatz (1) rechtlich nicht mehr erforderlich ist, ist die Emittentin berechtigt, eine Veröffentlichung in den in Absatz (1) genannten Medien durch Übermittlung von Mitteilungen an das Clearingsystem zur Weiterleitung durch das Clearingsystem an die Gläubiger zu ersetzen. Jede derartige Mitteilung gilt am siebten Kalendertag nach dem Kalendertag der Mitteilung an das Clearingsystem als den Gläubigern mitgeteilt.

(3) *Form der von Gläubigern zu machenden Mitteilungen.* Die Schuldverschreibungen betreffende Mitteilungen der Gläubiger an die Emittentin gelten als wirksam erfolgt, wenn sie der Emittentin oder der Zahlstelle (zur Weiterleitung an die Emittentin) in schriftlicher Form in der deutschen oder englischen Sprache persönlich übergeben oder per Brief übersandt werden. Der Gläubiger muss einen die Emittentin zufriedenstellenden Nachweis über die von ihm gehaltenen Schuldverschreibungen erbringen. Dieser Nachweis kann (i) in Form einer Bestätigung durch das Clearingsystem oder die Depotbank, bei der der Gläubiger ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält, dass der Gläubiger zum Zeitpunkt der Mitteilung Gläubiger der betreffenden Schuldverschreibungen ist, oder (ii) auf jede andere geeignete Weise erfolgen. "**Depotbank**" bezeichnet jede Bank oder ein sonstiges anerkanntes Finanzinstitut, das berechtigt ist, das Wertpapierverwahrungsgeschäft zu betreiben und bei der/dem der Gläubiger ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält, einschließlich des Clearingsystems.

§ 12 GLÄUBIGERVERSAMMLUNG, ÄNDERUNG UND VERZICHT

(1) *Änderung der Emissionsbedingungen.* Die Gläubiger können gemäß den nachstehenden Bestimmungen durch einen Beschluss mit der nachstehend bestimmten Mehrheit über bestimmte Gegenstände eine Änderung dieser Emissionsbedingungen mit der Emittentin vereinbaren. Die Mehrheitsbeschlüsse der Gläubiger sind für alle Gläubiger gleichermaßen

the fifth calendar day following the date of the first such publication). This does not affect any applicable stock exchange law publication requirements. Legally material notices shall be given to the Holders via the respective institutions which maintain the Holders' security accounts. Alternatively, the Issuer shall be entitled to send at any time notices directly to Holders known to the Issuer.

(2) *Notification to Clearing System.* If the publication of notices pursuant to paragraph (1) is no longer required by law, the Issuer may, in lieu of publication in the media set forth in paragraph (1), deliver the relevant notices to the Clearing System, for communication by the Clearing System to the Holders. Any such notice shall be deemed to have been given to the Holders on the seventh calendar day after the calendar day on which said notice was given to the Clearing System.

(3) *Form of Notice to Be Given by any Holder.* Notices regarding the Notes which are to be given by any Holder to the Issuer shall be validly given if delivered in writing in the German or English language to the Issuer or the Paying Agent (for onward delivery to the Issuer) by hand or mail. The Holder shall provide evidence satisfactory to the Issuer of its holding of the Notes. Such evidence may be (i) in the form of a certification from the Clearing System or the Custodian with which the Holder maintains a securities account in respect of the Notes that such Holder is, at the time such notice is given, the Holder of the relevant Notes, or (ii) in any other appropriate manner. "**Custodian**" means any bank or other financial institution of recognised standing authorised to engage in securities custody business with which the Holder maintains a securities account in respect of the Notes and includes the Clearing System.

§ 12 MEETING OF HOLDERS, MODIFICATIONS AND WAIVER

(1) *Amendment of the Terms and Conditions.* In accordance with subsequent provisions the Holders may agree with the Issuer on amendments of these Terms and Conditions with regard to certain matters by resolution with the majority specified below. Majority resolutions of the Holders shall be binding on all Holders alike. A majority resolution of the Holders which does not

verbindlich. Ein Mehrheitsbeschluss der Gläubiger, der nicht gleiche Bedingungen für alle Gläubiger vorsieht, ist unwirksam, es sei denn, die benachteiligten Gläubiger stimmen ihrer Benachteiligung ausdrücklich zu.

(2) Die Gläubiger können durch Mehrheitsbeschluss insbesondere folgenden Maßnahmen zustimmen:

(a) der Veränderung der Fälligkeit, der Verringerung oder dem Ausschluss der Zinsen;

(b) der Veränderung der Fälligkeit der Hauptforderung;

(c) der Verringerung der Hauptforderung;

(d) dem Nachrang der Forderungen aus den Schuldverschreibungen im Insolvenzverfahren der Emittentin;

(e) der Umwandlung oder dem Umtausch der Schuldverschreibungen in Gesellschaftsanteile, andere Wertpapiere oder andere Leistungsversprechen;

(f) der Änderung der Währung der Schuldverschreibungen;

(g) dem Verzicht auf das Kündigungsrecht der Gläubiger oder dessen Beschränkung;

(h) der Schuldnerersetzung; und

(i) der Änderung oder Aufhebung von Nebenbestimmungen der Schuldverschreibungen

(3) *Einberufung der Gläubigerversammlung.* Die Gläubigerversammlung wird von der Emittentin oder von dem gemeinsamen Vertreter der Gläubiger einberufen. Sie ist einzuberufen, wenn Gläubiger, deren Schuldverschreibungen zusammen 5 Prozent der ausstehenden Schuldverschreibungen erreichen, dies schriftlich mit der Begründung verlangen, sie wollten einen gemeinsamen Vertreter bestellen oder abberufen, sie wollten nach über das Entfallen der Wirkung der Kündigung beschließen oder sie hätten ein sonstiges besonderes Interesse an der Einberufung.

(4) *Inhalt der Einberufung, Bekanntmachung.* In der Einberufung müssen die Firma, der Sitz der Emittentin und die Zeit der Gläubigerversammlung, die Tagesordnung sowie die Bedingungen angegeben werden, von denen die Teilnahme an der Gläubigerversammlung und die Ausübung des Stimmrechts abhängen. Die Einberufung ist gemäß § 11 bekanntzumachen.

(5) *Frist, Nachweis.* Die Gläubigerversammlung ist mindestens 14 Kalendertage vor dem Kalendertag der Versammlung einzuberufen. Als Nachweis für die Berechtigung zur Teilnahme an der Gläubigerversammlung ist ein in Textform erstellter besonderer Nachweis des Clearingsystems oder der Depotbank des

provide for identical conditions for all Holders is void, unless Holders who are disadvantaged have expressly consented to their being treated disadvantageously.

(2) The Holders may consent, by majority resolution, to the following measures, among others:

(a) changes in the due date or reduction or exclusion of interest payments;

(b) changes in the due date of the principal amount;

(c) reduction of the principal amount;

(d) subordination of the claims under the Notes during insolvency proceedings of the Issuer;

(e) conversion or exchange of the Notes into shares, other securities or other promises of performance;

(f) changes in the currency of the Notes;

(g) waiver or limitation of the Holders' right of termination;

(h) substitution of the Issuer; and

(i) amendments to or cancellation of ancillary conditions of the Notes.

(3) *Convening a Meeting of Holders.* The Holders' meeting shall be convened by the Issuer or by the Joint Representative of the Holders. It shall be convened if Holders who together hold 5 *per cent.* of the outstanding Notes request such convocation in writing for the purpose of appointing or removing a Joint Representative, passing a resolution in order to render a termination invalid or for any other particular interest in such convocation.

(4) *Contents of the Convening Notice, Publication.* The convening notice shall state the name and the registered office of the Issuer and the time of the Holders' meeting, the agenda and the conditions on which attendance at the Holders' meeting and the exercise of voting rights shall depend. The convening notice shall be published pursuant to § 11.

(5) *Convening Period, Evidence.* The Holders' meeting shall be called at least 14 calendar days before the date of the meeting. As evidence for the entitlement to participate in the Holders' meeting a special confirmation issued by the Clearing System or the Custodian in text form

Gläubigers beizubringen.

(6) *Tagesordnung.* Zu jedem Gegenstand, über den die Gläubigerversammlung beschließen soll, hat der Einberufende in der Tagesordnung einen Vorschlag zur Beschlussfassung zu machen. Die Tagesordnung der Gläubigerversammlung ist mit der Einberufung bekannt zu machen. Über Gegenstände der Tagesordnung, die nicht in der vorgeschriebenen Weise bekannt gemacht sind, dürfen Beschlüsse nicht gefasst werden. Gläubiger, deren Schuldverschreibungen zusammen 5 Prozent der ausstehenden Schuldverschreibungen erreichen, können verlangen, dass neue Gegenstände zur Beschlussfassung bekannt gemacht werden. Diese neuen Gegenstände müssen spätestens am dritten Kalendertag vor der Gläubigerversammlung bekannt gemacht sein. Gegenanträge, die ein Gläubiger vor der Versammlung angekündigt hat, muss die Emittentin unverzüglich bis zum Kalendertag der Gläubigerversammlung im Internet auf ihrer Internetseite (www.erstegroup.com) den Gläubigern zugänglich machen.

(7) *Beschlussfähigkeit.* Durch den Vorsitzenden ist ein Verzeichnis der an der Abstimmung teilnehmenden Gläubiger aufzustellen. Im Verzeichnis sind die Gläubiger unter Angabe ihres Namens, Sitzes oder Wohnorts sowie der Zahl der von jedem vertretenen Stimmrechte aufzuführen. Das Verzeichnis ist vom Vorsitzenden der Versammlung zu unterschreiben und allen Gläubigern unverzüglich zugänglich zu machen. Die Gläubigerversammlung ist beschlussfähig, wenn die Anwesenden wertmäßig mindestens die Hälfte der ausstehenden Schuldverschreibungen vertreten. Wird in der Gläubigerversammlung die mangelnde Beschlussfähigkeit festgestellt, kann der Vorsitzende eine zweite Versammlung zum Zweck der erneuten Beschlussfassung einberufen. Die zweite Versammlung ist beschlussfähig; für Beschlüsse, zu deren Wirksamkeit eine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist, müssen die Anwesenden mindestens 25 Prozent der ausstehenden Schuldverschreibungen vertreten. Schuldverschreibungen, deren Stimmrechte ruhen, zählen nicht zu den ausstehenden Schuldverschreibungen.

(8) *Mehrheitserfordernisse.* Die Gläubiger entscheiden mit einer Mehrheit von 75 % (Qualifizierte Mehrheit) der an der Abstimmung teilnehmenden Stimmrechte über wesentliche Änderungen dieser Emissionsbedingungen, insbesondere über die oben in § 12 (2) lit (a) bis (i) aufgeführten Maßnahmen. Beschlüsse, durch die der wesentliche Inhalt dieser Emissionsbedingungen nicht geändert wird, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit einer einfachen Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden

shall be presented.

(6) *Agenda.* The convening party shall include in the agenda a proposed resolution for each subject on which the Holders' meeting is to pass a resolution. The agenda of the Holders' meeting shall be published together with the convening notice. No resolutions may be passed on agenda items that have not been published in the required manner. Holders who together hold 5 *per cent.* of the outstanding Notes may request that new items be published for resolution. Such new items must be published no later than the third calendar day preceding the Holders' meeting. Without undue delay and until the date of the Holders' meeting, the Issuer shall make available to the Holders on its website (www.erstegroup.com), any counter-motions announced by a Holder before the meeting.

(7) *Quorum.* The Chairperson shall prepare a register of Holders participating in the vote. Such register shall include the Holders' names, their registered offices or places of residence and the number of voting rights represented by each Holder. Such register shall be signed by the Chairperson of the meeting and be made available without undue delay to all Holders. The Holders' meeting shall have a quorum if the persons present represent at least fifty per cent of the outstanding Notes by value. If the Holders' meeting does not have a quorum, the Chairperson may convene a second meeting for the purposes of passing the resolution(s) anew. Such second meeting requires no quorum. For resolutions which require a qualified majority the persons present must represent at least 25 *per cent.* of the outstanding Notes. Notes for which voting rights have been suspended shall not be included in the outstanding Notes.

(8) *Majority Requirements.* Resolutions relating to material amendments of these Terms and Conditions, in particular consents to the measures set out in § 12 (2) lit (a) to (i) above shall be passed by a majority of not less than 75 per cent. (Qualified Majority) of the votes cast. Resolutions relating to amendments of these Terms and Conditions which are not material require a simple majority of the votes cast.

Stimmrechte.

(9) *Abstimmung ohne Versammlung.* Alle Abstimmungen werden ausschließlich im Wege der Abstimmung ohne Versammlung durchgeführt. Die Abstimmung wird vom Abstimmungsleiter geleitet. Abstimmungsleiter ist ein von der Emittentin beauftragter Notar oder der gemeinsame Vertreter der Gläubiger, wenn er zu der Abstimmung aufgefordert hat. In der Aufforderung zur Stimmabgabe ist der Zeitraum anzugeben, innerhalb dessen die Stimmen abgegeben werden können. Er beträgt mindestens 72 Stunden. Während des Abstimmungszeitraums können die Gläubiger ihre Stimme gegenüber dem Abstimmungsleiter in Textform abgeben. In der Aufforderung muss im Einzelnen angegeben werden, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit die Stimmen gezählt werden. Der Abstimmungsleiter stellt die Berechtigung zur Stimmabgabe anhand der eingereichten Nachweise fest und erstellt ein Verzeichnis der stimmberechtigten Gläubiger. Wird die Beschlussfähigkeit nicht festgestellt, kann der Abstimmungsleiter eine Gläubigerversammlung einberufen; die Versammlung gilt als zweite Versammlung im Sinne des § 12 (7). Über jeden in der Abstimmung gefassten Beschluss ist durch einen Notar eine Niederschrift aufzunehmen. Jeder Gläubiger, der an der Abstimmung teilgenommen hat, kann binnen eines Jahres nach Ablauf des Abstimmungszeitraums von der Emittentin eine Abschrift der Niederschrift nebst Anlagen verlangen. Jeder Gläubiger, der an der Abstimmung teilgenommen hat, kann gegen das Ergebnis schriftlich Widerspruch erheben binnen zwei Wochen nach Bekanntmachung der Beschlüsse. Über den Widerspruch entscheidet der Abstimmungsleiter. Gibt er dem Widerspruch statt, hat er das Ergebnis unverzüglich bekannt zu machen; § 12 (13) gilt entsprechend. Gibt der Abstimmungsleiter dem Widerspruch nicht statt, hat er dies dem widersprechenden Gläubiger unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

(10) *Stimmrecht.* An Abstimmungen der Gläubiger nimmt jeder solche Gläubiger nach Maßgabe des Nennbetrags an den ausstehenden Schuldverschreibungen teil. Das Stimmrecht ruht, solange die Anteile der Emittentin oder einer ihrer Tochtergesellschaften zustehen oder für Rechnung der Emittentin oder einer Tochtergesellschaft gehalten werden. Die Emittentin darf Schuldverschreibungen, deren Stimmrechte ruhen, einem anderen nicht zu dem Zweck überlassen, die Stimmrechte an seiner Stelle auszuüben; dies gilt auch für Tochtergesellschaften und niemand darf das Stimmrecht zu diesem Zweck ausüben. Niemand darf dafür, dass eine stimmberechtigte Person bei einer Gläubigerversammlung oder einer

(9) *Vote without a Meeting.* All votes will be taken exclusively by vote taken without a meeting. The vote shall be conducted by the scrutineer. The scrutineer shall be a notary appointed by the Issuer, or the Joint Representative of the Holders if it has requested such vote. The request for voting shall set out the period within which votes may be cast. Such period shall be at least 72 hours. During the voting period, the Holders may cast their votes to the scrutineer in text form. The request shall set out in detail the conditions to be met in order for the votes to be valid. The scrutineer shall ascertain the entitlement to cast a vote by means of the evidence provided and shall prepare a list of Holders entitled to vote. If it is ascertained that no quorum exists, the scrutineer may convene a Holders' meeting, which shall be deemed to be a second Holders' meeting within the meaning of §12 (7). Any resolution passed by the vote shall be recorded in the minutes by a notary. Each Holder participating in the vote may request within one year of the end of the voting period a copy of the minutes and its annexes from the Issuer. Each Holder participating in the vote may object to the result in writing within two weeks of publication of the resolutions. The scrutineer shall decide on any such objection. If it takes remedial action as a result of the objection, it shall publish the result without undue delay. § 12 (13) shall apply mutatis mutandis. If the scrutineer does not take remedial action as a result of the objection, it shall notify the objecting Holder without undue delay in writing.

(10) *Voting Right.* Each Holder shall participate in votes in accordance with the principal amount or arithmetical share of the outstanding Notes held by such Holder. Voting rights are suspended with respect to the shares attributable to the Issuer or any of its Subsidiaries or held for the account of the Issuer or any of its Subsidiaries. The Issuer may not make available Notes for which the voting rights have been suspended to any third party for the purposes of exercising the voting rights in lieu of the Issuer. This shall also apply to any Subsidiaries of the Issuer. Exercise of voting rights for the purposes specified above are prohibited. It is prohibited to offer, promise or grant any advantage as consideration to any person entitled to vote not to vote, or to vote in a

Abstimmung nicht oder in einem bestimmten Sinne stimme, Vorteile als Gegenleistung anbieten, versprechen oder gewähren. Wer stimmberechtigt ist, darf dafür, dass er bei einer Gläubigerversammlung oder einer Abstimmung nicht oder in einem bestimmten Sinne stimme, keinen Vorteil und keine Gegenleistung fordern, sich versprechen lassen oder annehmen.

(11) *Leitung der Abstimmung.* Die Abstimmung wird von einem von der Emittentin beauftragten Notar oder, falls der gemeinsame Vertreter zur Abstimmung aufgefordert hat, vom gemeinsamen Vertreter geleitet (der "**Vorsitzende**").

(12) *Abstimmung, Niederschrift.* Auf die Abgabe und die Auszählung der Stimmen sind die Vorschriften des österreichischen Aktiengesetzes über die Abstimmung der Aktionäre in der Hauptversammlung entsprechend anzuwenden. Jeder Beschluss der Gläubigerversammlung bedarf zu seiner Gültigkeit der Beurkundung durch eine über die Verhandlung aufgenommene Niederschrift. Die Niederschrift ist durch einen Notar aufzunehmen.

(13) *Bekanntmachung von Beschlüssen.* Die Emittentin hat die Beschlüsse der Gläubiger auf ihre Kosten in geeigneter Form öffentlich bekannt zu machen. Die Beschlüsse sind unverzüglich gemäß § 11 zu veröffentlichen. Außerdem hat die Emittentin die Beschlüsse der Gläubiger sowie, wenn ein Gläubigerbeschluss die Emissionsbedingungen ändert, den Wortlaut der ursprünglichen Emissionsbedingungen vom Kalendertag nach der Gläubigerversammlung an für die Dauer von mindestens einem Monat auf ihrer Internetseite (www.erstegroup.com) zugänglich zu machen.

(14) *Vollziehung von Beschlüssen.* Beschlüsse der Gläubigerversammlung, durch welche der Inhalt dieser Emissionsbedingungen abgeändert oder ergänzt wird, sind in der Weise zu vollziehen, dass die maßgebliche Globalurkunde ergänzt oder geändert wird. Im Fall der Verwahrung der Globalurkunde durch eine Wertpapiersammelbank hat der Versammlungs- oder Abstimmungsleiter dazu den in der Niederschrift dokumentierten Beschlussinhalt an die Wertpapiersammelbank zu übermitteln mit dem Ersuchen, die eingereichten Dokumente den vorhandenen Dokumenten in geeigneter Form beizufügen. Er hat gegenüber der Wertpapiersammelbank zu versichern, dass der Beschluss vollzogen werden darf.

(15) *Gemeinsamer Vertreter.*

Die Gläubiger können durch Mehrheitsbeschluss zur Wahrnehmung ihrer Rechte einen gemeinsamen Vertreter (der "**gemeinsame Vertreter**") für alle Gläubiger bestellen.

Der gemeinsame Vertreter hat die Aufgaben und Befugnisse, die ihm von den Gläubigern durch

particular way, in a Holders' meeting or a vote. No person entitled to vote may require, accept any promise of or accept any advantage or consideration for not voting, or voting in a particular way, in a Holders' meeting or a vote.

(11) *Chair of the Vote.* The vote will be chaired by a notary appointed by the Issuer or, if the Joint Representative has convened the vote, by the Joint Representative (the "**Chairperson**").

(12) *Voting, Minutes.* The provisions of the Austrian Stock Corporation Act (*Aktiengesetz*) regarding the voting of shareholders in the general meeting shall apply mutatis mutandis to the casting and counting of votes. In order to be valid, any resolution passed by the Holders' meeting shall be recorded in minutes of the meeting. The minutes shall be recorded by a notary.

(13) *Publication of Resolutions.* The Issuer shall publish the resolutions passed by the Holders in appropriate form and at its own expense. The resolutions shall be published without undue delay pursuant § 11. In addition, for a period of at least one month commencing on the calendar day following the Holders' meeting, the Issuer shall make available to the public on its website the resolutions passed by the Holders and, if the Terms and Conditions are amended by a Holders' resolution, the wording of the original Terms and Conditions.

(14) *Implementation of Resolutions.* Resolutions passed by the Holders' meeting which amend or supplement the contents of these Terms and Conditions shall be implemented in such a way that the relevant Global Note is supplemented or amended. If the Global Note has been deposited with a central securities depository, the Chairperson of the meeting or the scrutineer shall forward for this purpose the contents of the resolution recorded in the minutes to the central securities depository, requesting it to add the documents submitted to the existing documents in appropriate form. It shall affirm to the central securities depository that the resolution may be implemented.

(15) *Joint Representative.*

The Holders may by majority resolution appoint a joint representative (the "**Joint Representative**") to exercise the Holders' rights on behalf of each Holder.

The Joint Representative shall have the duties and powers granted by majority resolution of the

Mehrheitsbeschluss eingeräumt wurden. Er hat die Weisungen der Gläubiger zu befolgen. Soweit er zur Geltendmachung von Rechten der Gläubiger ermächtigt ist, sind die einzelnen Gläubiger zur selbständigen Geltendmachung dieser Rechte nicht befugt, es sei denn, der Mehrheitsbeschluss sieht dies ausdrücklich vor. Über seine Tätigkeit hat der gemeinsame Vertreter den Gläubigern zu berichten. Der gemeinsame Vertreter haftet den Gläubigern als Gesamtgläubigern für die ordnungsgemäße Erfüllung seiner Aufgaben; bei seiner Tätigkeit hat er die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Vertreters anzuwenden. Die Haftung des gemeinsamen Vertreters kann durch Beschluss der Gläubiger beschränkt werden. Über die Geltendmachung von Ersatzansprüchen der Gläubiger gegen den gemeinsamen Vertreter entscheiden die Gläubiger. Der gemeinsame Vertreter kann von den Gläubigern jederzeit ohne Angabe von Gründen abberufen werden. Der gemeinsame Vertreter der Gläubiger kann von der Emittentin verlangen, alle Auskünfte zu erteilen, die zur Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben erforderlich sind.

**§ 13
ANWENDBARES RECHT
UND GERICHTSSTAND**

(1) *Anwendbares Recht.* Die Schuldverschreibungen und alle außervertraglichen Schuldverhältnisse, die sich aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ergeben, unterliegen österreichischem Recht und werden in Übereinstimmung mit österreichischem Recht ausgelegt.

(2) *Gerichtsstand.* Die zuständigen österreichischen Gerichte sind ausschließlich zuständig für Streitigkeiten, die aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen (einschließlich allfälliger Streitigkeiten im Zusammenhang mit außervertraglichen Schuldverhältnissen, die sich aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ergeben) entstehen, soweit dies nach den anwendbaren zwingenden Konsumentenschutzgesetzen zulässig ist.

Holders. The Joint Representative shall comply with the instructions of the Holders. To the extent that the Joint Representative has been authorised to assert certain rights of the Holders, the Holders shall not be entitled to assert such rights themselves, unless explicitly provided for in the relevant majority resolution. The Joint Representative shall provide reports to the Holders on its activities. The Joint Representative shall be liable to the Holders as joint and several creditors for the due performance of its duties. In the performance of its duties, it shall act with the care of a prudent representative. The Joint Representative's liability may be limited by resolution of the Holders. An assertion of compensation claims against the Joint Representative shall be decided by the Holders. The Joint Representative may be removed by the Holders at any time without reason. The Joint Representative of the Holders may require the Issuer to provide any information that is necessary for the performance of its duties.

**§ 13
APPLICABLE LAW
AND PLACE OF JURISDICTION**

(1) *Applicable Law.* The Notes and any non-contractual obligations arising out of or in connection with the Notes are governed by, and shall be construed in accordance with, Austrian law.

(2) *Place of Jurisdiction.* The competent Austrian courts shall have exclusive jurisdiction to settle any disputes that may arise out of or in connection with any Notes (including any legal action or proceedings relating to any non-contractual obligations arising out of or in connection with Notes), to the extent permissible according to applicable mandatory consumer protection legislation.